



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0888890

P/KV/95 - 23. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Gedanken zur Gipfelkonferenz</u> Von Ernst Wilhelm Meyer, MdB	148
4	<u>Indien bleibt hart</u> Zum Besuch des chinesischen Premiers in Neu Delhi	53
5 - 6	<u>Einmalig in der Bundesrepublik</u> Arbeitsvermittlung bis 25 Uhr Hamburger Hafen braucht immer zusätzliche Schauerleute	70
7	<u>Godeberger Auswirkungen</u> Ehrung erfolgreicher Werber	29
7	<u>Ein fairer Gegner</u> Zum Tode von Dr. Adolf Kussl	14

Vorankündigung:

Am Montag, den 25. April 1960, erscheint in unserem Presse-  
dienst ein Artikel von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum 1. Mai 1960.

## Gedanken zur Gipfelkonferenz

Von Ernst Wilhelm Meyer, MdB

Nur wenige Tage wird die Gipfelkonferenz in Paris dauern. Die Aussichten, daß sie deutschen Interessen helfen wird, sind nicht günstig. Denn die deutsch-sowjetischen Beziehungen, also die deutschen Beziehungen zu jener Großmacht, die für uns wichtiger ist als irgendeine andere Macht, sind gegenwärtig schlechter als jemals zuvor. Dies muß für uns umso beunruhigender sein, als die Beziehungen der Westmächte zur Sowjetunion sich inzwischen eher gebessert, kaum aber verschlechtert haben.

Die Sowjetunion fährt fort, Deutsche als Militaristen und Kriegshetzer, als Revanchisten und Neofaschisten zu bezeichnen und einen Sonderfrieden mit der DDR anzudrohen. Unser Regierungshaupt bezeichnet uns als gottberufene Beschützer des Westens vor dem Kommunismus, der für sich die ganze Welt erobern wolle. Adenauer versichert am Vorabend der Gipfelkonferenz: "Der eigentliche Aggressor ist der Kommunismus, der seiner Natur nach aggressiv ist", also nach seiner Auffassung wohl nicht einmal besserungsfähig ist. Auch die Beziehungen zu Großbritannien sind nicht einwandfrei. Selbst die USA empfinden des Kanzlers Belehrungen und Ermahnungen als lästig, als einen Verstoß gegen "die Vorgipfel-Etikette". Und die Weltöffentlichkeit ist und bleibt an der deutschen Frage sichtlich uninteressiert.

Die Pläne der Westmächte für die Gipfelkonferenz sind, soweit sie Deutschland betreffen, höchst bescheiden. Nach Berichten aus Washington will man in "Phantasielosigkeit" ("Washington Post") auf der Konferenz nur mit alten Plänen aufwarten, mit dem Ziele einer Erhaltung des Status quo und sonst wenig Anderem. Vor allem erscheint unsere deutsche geistig politische Initiative als geringfügig. Dies geht soweit, daß uns Vorwürfe selbst aus dem Westen gemacht werden. Die Berlin-Frage gerät immer mehr in die Gefahr isolierter Behandlung, die aber einer dauerhaften Lösung nur abträglich sein kann. Die westdeutsche öffentliche Meinung, soweit sie sich überhaupt mit Außenpolitik befaßt, ist weitgehend teilnahmslos, was auch auf Teile der Presse zutrifft. Kaum wird unserem Volke klargemacht, daß die Sowjetunion in der Berlin-Frage über den längeren Hebel verfügt.

### Gespaltenes Deutschland bleibt Gefahrenherd

Dennoch: Verzweiflung braucht uns nicht gefangen zu nehmen. Der Verständigungswille ist auf allen Seiten doch wohl größer, als es den Anschein hat. Gewiß kann dies auch zur Folge haben, daß man, wenn man sich über anderes einigt, das deutsche Problem ungelöst beiseite schiebt. Bereits närt de Gaulle derartige sehr bedenkliche Pläne, für die er anscheinend kanadische Unterstützung gewonnen hat. Aber noch droht kein Krieg, und bei allen Gegensätzen hält das westliche Lager einstweilen in der Hauptsache zusammen. Auch brauchen wir bei der Gesamtbeurteilung unsere eigene weltpolitische Bedeutung nicht zu unterschätzen. Als das größte Volk Mitteleuropas sind wir zur Schaffung eines dauerhaften Friedens völlig unentbehrlich. Die Fortdauer der Teilung Deutschlands würde einen für alle Mächte der Welt bedrohlichen Gefahrenherd ersten Ranges bestehen lassen, zumal Völker und Regierungen, wie wir gelernt haben sollten, sehr oft nicht von Kühler Vernunft geleitet sind.

Die Sowjetunion - wenn von Vernunft geleitet - wird sich bewusst werden, sofern sie es nicht bereits ist, daß eine völlig fiktive Freundschaft mit der DDR niemals eine völlig substantielle Freundschaft mit der Bundesrepublik ersetzen kann, daß vielmehr überhaupt wahre und vertraglich untermauerte Freundschaft mit einem vereinigten Deutschland auch bei kühler Kalkulation besser für sie ist als spekulatives Machtdenken. So sehr fernor eine tragende deutsche Initiative vermißt wird, noch ist sie uns nicht völlig verwehrt, sei sie selbst eine solche, die erst im späteren Augenblick fühlbar wird. Wir können die unrisseuer Gefahren meistern oder zu meistern versuchen, wenn auch mit immer größerer Mühe und immer unsicherem Erfolge. Wir brauchen insbesondere nicht Fortzuzufahren, Beschimpfungen aus Moskau mit Beschimpfungen aus Bonn zu beantworten. Wir brauchen nicht als Weltbelehrer über die Gefahren des Kommunismus aufzutreten, worüber selbst in Tokio beim dortigen Besuch des Bundeskanzlers Mißstimmung entstanden ist. Wir können auch wachsendes Interesse der Weltöffentlichkeit an der deutschen Lage noch immer erzielen, etwa, indem wir die schrittweise Räumung der DDR von den 22 sowjetischen Divisionen gegen schrittweise westliche Räumung im Kompromißwege betreiben, mit dem Endziel nicht geringerer, sondern größerer militärischer Sicherheit. Wir werden fortfahren können, die Weltmeinung durch die Forderung nach Selbstbestimmung für uns zu gewinnen. Wir können die ersten und letzten sein, die dafür sorgen, daß neue Aufträge an Außenminister und an Botschafter durch die Gipfelkonferenz erteilt werden.

#### Politisches Klima verbessern!

Mehr noch: Unsere Initiative sollte in formativer Kraft über das lediglich oder primär Deutsche hinausgehen, nicht im Gegensatz zum Westen, sondern im Einvernehmen mit ihm, der auf uns wartet. Es wird sich um Versuche zu handeln haben, die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, dem Westen und Osten, auf einen überhaupt neuen Weg zu bringen.

Zwei Möglichkeiten hierfür seien genannt, gewiß nicht bedenkenfreie, aber auch nicht völlig illusorische. Man könnte daran denken, die Grundsätze, die Chruschtschow eingangs seiner ersten Berlin-Note aufgestellt hat, als Besprechungsthemen zu akzeptieren. Es sind die Grundsätze, die identisch sind mit jenen, die von sehr vielen afrikanischen und asiatischen Staaten unterschrieben worden sind und die im wesentlichen besagen: Territoriale Integrität, Souveränität, Nichtangriff, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, wirtschaftliche Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz. Es wird eingewandt werden, daß diesen Grundsätzen ein anderer Inhalt von der Sowjetunion wie von den Westmächten gegeben wird. Aber gerade weil dies unzweifelhaft zutrifft, wären ernste Verhandlungen an Platze. Auch der britische Außenminister Selwyn Lloyd hat bei seiner Rückkehr aus Washington von der Außenministerkonferenz nach London eine Entspannung befürwortet, die dadurch herbeizuföhren wäre, daß bestimmte Prinzipien und bestimmte Regeln festgelegt werden.

#### Um eine erträgliche Koexistenz

Ein weiterer Einwand mag besagen, daß die hier zur Erwägung gestellte programmatische Annahme der in der Berlin-Note verkündeten Grundsätze als ein Triumph Chruschtschows ausgelegt werden würde. Indes bei nüchterner Würdigung der Tatsachen ist festzustellen, daß ohne annähernd gemeinsame außenpolitische Grundsätze eine erträgliche Ko-

existenz überhaupt nicht mehr erreichbar bliebe. Hier würde es sich mithin nicht um theoretische Deklamationen oder um ideologische Verschärfungen handeln, sondern um ein sehr besonnenes, realpolitisches Unterfangen.

Auch dem Gedanken der größeren Heranziehung der Weltöffentlichkeit könnte auf solche Weise gedient sein. Aus der blockfreien Welt ließen sich vielleicht Indien und Ägypten einbeziehen. Sodann vermöchte sich aus einer entsprechenden feierlichen Erklärung aller bei der kommenden Gipfelkonferenz beteiligten Mächte nicht zuletzt auch für die grausam vernachlässigte Pflege des politischen Klimas viel gewinnen zu lassen.

Von deutscher Seite wäre noch die Sondererklärung hinzuzufügen, es sei das unverrückbare Ziel unserer Außenpolitik, eine dauernde Friedensregelung auch mit den bethlichen Nachbarländern, also namentlich den slawischen, herbeizuführen. Nur mit großer Besorgnis kann man etwa die Berichterstattung Herbert von Borchs aus Washington aufnehmen, nach welcher der Westen auf der Gipfelkonferenz auf eigene Initiative zumindest am Anfang völlig verzichten und stattdessen abwarten wolle, was ihm Chruschtschow vorsehe.

Wenn aber die vorstehend unterbreiteten Gedanken zu weit gingen, der könnte sich vielleicht mit dem Vorschlag befremden, anstatt einen vielfachen Pakt nur einen spezifischen Pakt, nämlich einen Nichteinmischungspakt abzuschließen. Es ließe sich zwischen sozusagen legitimer und illegitimer Einmischung unterscheiden. Die Austragung der großen geistigen Auseinandersetzung zwischen Totalitarismus, insbesondere Kommunismus, und Pluralismus brauchte hierunter nicht zu leiden, obschon die bei einer Regelung zu überwindenden Schwierigkeiten ohnehin außerordentlich wie offenbar sind.

Aber wir brauchen auch im Westen für die Außenpolitik weniger vielgerühmte Taktik als vielentbehrte Strategie, wir brauchen weniger Innen- und Wahlpolitik, als eine den Riesengefahren angepaßte Neugestaltung der internationalen Verhältnisse. Gewiß brauchen wir Mißtrauen. Aber noch mehr brauchen wir Mut, noch mehr einen für jede Außenpolitik völlig unentbehrlichen Optimismus. Wir brauchen ihn sowohl im Interesse des Ostens wie des Westens. Mag die Sowjetunion - was keineswegs der Fall zu sein braucht - uns enttäuschen, mögen unsere Versuche wiederholt erfolglos bleiben - worauf wir gefaßt sein wollen - einmal wird die Sowjetunion aus ureigenem Interesse erkennen, daß die resultierende Gegnerschaft berufen ist, auch ihr zu schaden, nicht in einem atomaren Krieg, aber in einem Dasein der wechselseitigen Sorge und Furcht.

Nichts sei hier gegen die Art von Konferenzen gesagt, wie sie heute üblich geworden sind; sie sind sicherlich nicht nutzlos, mag ihr großer Nutzen vorerst auch nur darin bestehen, daß eben die Gespräche fortgesetzt werden. Aber ein einigermaßen konstruktiver und gesicherter Frieden wird uns nur aus größeren politischen Anstrengungen erwachsen können.

+ + +

### Indien bleibt hart

E.D. - Schon die Begrüssung auf dem Flugplatz zwischen Indiens Ministerpräsidenten Nehru und seinem Pekingener Kollegen war kühl ausgefallen. Aber erst die Reden der beiden Staatsmänner auf dem feierlichen Bankett liessen mit aller Deutlichkeit erkennen, wie "unterkühlt" die Gesprächstemperatur bei den Verhandlungen gewesen sein muss. Die Forderung des Chinesen nach einer Anerkennung der kommunistischen Annexionen an Indiens Nordgrenzen beantwortete Nehru mit dem unvermutet harten und entschlossenen Hinweis, dass sei man in Peking wohl von der Bandungser Deklaration des Jahres 1954 offiziell abgerückt.

In der Vergangenheit waren es immer die Inder gewesen, welche oft ob der einst feierlich beschworenen asiatischen Solidarität geneigt waren, die chinesische Politik, etwa in der Formosa-Frage zu akzeptieren und die Schuld für eine Reihe von Konflikten zwischen westlichen und afro-asiatischen Staaten einseitig dem Westen zuzuschreiben. Seit den Tagen der "tibetischen Vesper" jedoch denkt man in den politischen Kreisen Indiens darüber anders. Die Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, dass der Imperialismus und die Expansion auf Kosten anderer Völker nicht auf die einstigen europäischen Kolonialmächte beschränkt geblieben ist.

Nehru sieht sich angesichts einer wachsenden Misstimmung im eigenen Volk über die "wische Chinapolitik" der Vergangenheit gezwungen, den Wandel in den indischen Anschauungen deutlicher zu machen, als dies vielleicht ursprünglich in seiner Absicht gelegen hatte. Nun aber, da der Ministerpräsident die Entscheidung gefällt hat, konnte man und kann man mit jener Unbeugsamkeit rechnen, die den Leiter der indischen Politik auszeichnet.

Der chinesische Ministerpräsident befindet sich in keiner schlechten Position. Sowohl mit der nepalesischen als auch mit der burmesischen Regierung konnte er vor seinem Eintreffen in Neu-Delhi für sein Land günstige Grenzabkommen aushandeln. Man weiss, dass die Furcht vor China in weiten Teilen Asiens heute eine Realität ist. Dabei spielt die Rolle der kommunistischen Gesellschaftsstruktur eine zweitrangige Rolle. Viel bedeutsamer wirkt sich einfach das Raum- und Bevölkerungspotential dieses fernöstlichen Kolosses aus. Nicht zu unterschätzen ist hierbei die Haltung Indiens in der Vergangenheit, die vielen seiner direkten Nachbarn das Gefühl verliehen hatte, dass man von ihm keinen Schutz gegen die Chinesen hätte, sollte es einmal ernst werden.

Man darf Indien mit Fug und Recht heute als die einzige wahre grosse asiatische Demokratie ansprechen. Zwar mögen noch anderswo entsprechende Formen existieren, von Bedeutung und Auswirkung auf die Massen sind sie nicht, wie einige Beispiele in den letzten Jahren eindeutig bewiesen haben. Schon allein hieraus könnte eine Auseinandersetzung in ihrem Ausgang sich für ganz Asien als entscheidend erweisen.

Verständlich ist, dass sich im Verlauf des letzten Jahres das Verhältnis Indiens zu den Vereinigten Staaten erheblich gebessert hat. Dies liegt auch an einigen Wandlungen in der amerikanischen Asienpolitik im allgemeinen. Während noch vor wenigen Jahren Washington als nicht gerade "bündnisfähig" in indischen Augen galt, ist dies heute anders. Und nicht zuletzt aufgrund der chinesischen Aktionen.

Man darf gewiss sein, dass Nehru den indischen Standpunkt auch ferner mit Härte und Entschlossenheit klar machen wird. Dies dürfte nicht nur für den Westen, auch für viele Staaten Asiens der Beginn einer neuen Phase asiatischer Gegenwertpolitik bedeuten. + + +

Einmalig in der Bundesrepublik

rk - In der Admiralitätsstrasse in Hamburg, unweit der Hauptzufahrtstrasse zum Freihafen, antiert ein Arbeitsamt, das in der Bundesrepublik einmalig ist; dieses Arbeitsamt ist von 5 Uhr morgens bis 23 Uhr besetzt und für Sondereinsätze von Arbeitskräften im Hafen zuständig. Es verfügt auch über eine Sonderreserve von Arbeitskräften, die gleichfalls ungewöhnlich ist. Obwohl heute in Hamburg 12 000 offene Stellen für Dauerarbeit ausgewiesen werden, kann das Arbeitsamt in der Admiralitätsstrasse stets damit rechnen, daß sich die benötigten 1500 bis 2000 nicht ständigen Schauerleute für einen Tag und für eine Arbeitsschicht melden, wenn ein Frachter schnell gelöscht werden muss. Das ist zum Beispiel bei Bananen- oder Apfelsinenschiffen der Fall oder auch bei anderen Frachtern, die ihre Linien-Fahrzeiten einhalten müssen.

Für das Löschen der Schiffe im Hamburger-Hafen - monatlich laufen rund 1600 Seeschiffe den Hafen an - stehen 17 000 erfahrene Kräfte, die sogenannten Schauerleute, ständig zur Verfügung. Sie arbeiten zumeist "rund um die Uhr", wie man in Hamburg sagt, also in drei Schichten, denn Hamburg ist nicht nur einer der führenden europäischen Welthäfen, sondern auch bekannt und beliebt als schneller Hafen. Dabei kommt es immer wieder vor, dass sich die Ankunft der Schiffe häuft oder dass ein Nebeltag oder der Montag (wegen der Sonntagszuschläge) einen Massenandrang von Schiffen zur Folge hat. Dann reichen die 17 000 ständigen Arbeitskräfte für das Löschen nicht aus, dann muss das Arbeitsamt in der Admiralitätsstrasse seine Einsatzreserve mobilisieren. Es weiss, da jedes Schiff von der Elbmündung bis Hamburg noch eine Fahrstrecke von 120 km zu bewältigen hat und die Gezeiten dabei eine Rolle spielen, schon stundenlang vorher, wann ein Schiff in seinem Hafenbocken festmachen wird. Darüber wird es von der zuständigen Hafenstelle verständigigt, die bis 23 Uhr zusätzliche Arbeitskräfte anfordern kann. Der Norddeutsche Rundfunk bringt dann nach seinen Abendnachrichten die Meldung, dass sich am nächsten Morgen zwischen 5 und 6 Uhr soundsoviele "freie, hefontaugliche" Arbeitskräfte in der Admiralitätsstrasse melden können.

Die Arbeitsreserve ist am nächsten Morgen auch prompt zur Stelle. Viele haben einen langen Anmarschweg, doch die Hamburger Verkehrsmittel setzen mit ihrem Betrieb täglich schon nach 4 Uhr ein, denn sie müssen ständig mit diesem morgendlichen "Verkehr zum Hafen" rechnen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für eine Schicht und man kann sich in einem solchen Falle dreimal täglich für die erste, zweite oder dritte Schicht bewerben und dabei 18 bis 24 DM verdienen. Die Entlohnung hängt von der Fracht und von dem Zwang ab, wie schnell ein Frachter gelöscht werden muss. Ein Schiff mit 70 000 Büschel Bananen wird heute im Hamburger Hafen binnen 15 Stunden (und oft noch früher) fix und fertig ausgeladen und seine Fracht zugleich gelagert oder abtransportfähig gemacht. Dazu sind erfahrene Kräfte notwendig; die Männer der Einsatzreserve haben diese Erfahrung, sie stehen in ihrer Leistung den ständigen Schauerleuten in nichts nach.

Nur: sie haben sich auf solche Sondereinsätze spezialisiert und sie ziehen sie zumeist einem Dauerarbeitsplatz vor. Im vergangenen Monat hat das Arbeitsamt in der Admiralitätsstrasse rund 40 000 solcher zusätzlichen Arbeitsschichten vermittelt und mit einem Massenandrang von Schiffen ist im Hafen einige Male wöchentlich zu rechnen. Wochenlang gibt es die Bananen- und die Apfelsinenzzeit, zweimal im Jahr sind es die Fischfangschiffe, die einen zusätzlichen Einsatz von Schauerleuten erfordern, dann gibt es wieder andere Schnelligüter und es ist kein Abschnitt des Jahres bekannt, in dem nicht zusätzliche Hilfskräfte für das Löschen gebraucht werden. Die "nichtständigen" Schauerleute des Hamburger Hafens können sich also auf ihren Arbeitseinsatz verlassen und sie tun es auch. Unter ihnen findet man immer wieder Arbeitskräfte, die nach Hamburg gekommen sind, weil sie sich in der grössten Industriestadt der Bundesrepublik und im Welthafen einen Arbeitsplatz suchen wollten. Klappte es nicht sofort, so meldeten sie sich zwischen 5 und 6 Uhr in der Admiralitätsstrasse. Sie waren der Arbeit gewachsen - das Löschen erfordert einen ganzen Mann - und sie kommen oft so lange immer wieder, bis sich ihnen der gesuchte ständige Arbeitsplatz anbietet.

Die meisten jedoch von dieser Einsatzreserve für das dringende Löschen von Frachtern sind seit Jahren in diesem Metier. Sie sind eine Sonderheit des Welthafens, der wie jeder grosse Hafen nach seinen eigenen Gesetzen lebt.

### Godesberger Auswirkungen

sp - Es kommt in allgemeinen im Organisationsleben der SPD nur selten vor, daß ein Sekretär aus dem Munde seines Vorstandes öffentliche Anerkennung findet. Der Vizepräsident des Bayerischen Landtages, Oberbürgermeister und 2. Unterbezirkvorsitzender, Hans Högn, Hof, machte davon kürzlich in einer in Hof stattgefundenen Unterbezirkskonferenz mit folgenden lapidaren Worten eine Ausnahme: "Christof Schardt, wir danken Dir für Deine unermüdlige Tätigkeit!"

Was war geschehen? Der Unterbezirk Hof der SPD hatte bei der Werberaktion des Bezirkes Franken, der 1955 noch 40 000, jetzt aber 50 000 Mitglieder hat, das weitaus beste Ergebnis erzielt. 1955 waren im Unterbezirk Hof noch 5321 Mitglieder gewesen, jetzt aber 6527.

Christof Schardt betonte in seinem Geschäftsbericht: "569 Mitglieder in einem Jahr gewinnen zu können, das war nur möglich, weil alle 78 alten und neuen Ortsvereine mitzogen". Er führte die Erfolge der Werber zu einem großen Teil auf das neue Grundsatzprogramm der SPD zurück, das in weiten Kreisen der Bevölkerung großen Anklang gefunden habe. Es sei auch möglich gewesen, die Betriebsarbeit zu aktivieren. Das gute Ergebnis, das die SPD bei den Kreistags- und Kommunalwahlen erzielte, sei auch ein Ausdruck der großen Lebendigkeit der Ortsvereine der Partei. "1956 gab es im UB Hof noch 37 SPD Bürgermeister, seit dem 27. März 1960 sind es 48 erste Bürgermeister" schloß Schardt mit Stolz seinen Bericht.

Bezirkssekretär Ferdinand Drexler, MGL, Nürnberg, ehrte im Anschluß daran den besten Werber des Bezirkes Franken, Andreas Weiß, Arzberg, der 135 Mitglieder in die Partei aufnahm. Ihm am nächsten kam mit 100 Neuaufnahmen Stadtrat Otto Kick, Hof. Unter den weiteren Werbern befinden sich Bundestagsabgeordneter Arno Behrisch, Landtagsabgeordneter Karl Sonntag, Sparneck, Stadtrat Kurt Hader, Ernst Lippert, Hof, die 30 bis 55 neue Mitglieder der SPD zuführten.

+ + +

### Ein fairer Gegner

Zum Tode von Dr. Adolf Kussl

sp - Zehn Jahre lang hat Dr. Adolf Kussl den Deutschland-Union-Dienst als Chefredakteur geleitet. An ihm, der nun einer schweren Krankheit erlag, bewahrheitete sich nicht das böse Wort von der Politik, die den Charakter verderbe. Dr. Kussl war ein aufrechter, integrier Mann, der bei aller Bitterkeit politischer Gegensätze Anstand und Würde bewahrte, nie verletzend wurde und auch im politischen Gegner den nach Wahrheit suchenden Menschen sah. Auch wir betrauern den Tod dieses bescheidenen Mannes, der mehr in der Stille wirkte und nicht viel Aufhebens von sich selbst machte. Er führte eine scharfe Feder, aber er mißbrauchte sie nicht zu Diffamierungen. In der Tschechoslowakei, wo er zwei Jahrzehnte lang als Chefredakteur einer bedeutenden Tageszeitung wirkte, hat er sich große Verdienste um die Erhaltung des Deutschlandtums erworben. Sein Tod hinterläßt unter den in Bonn tätigen Journalisten eine schmerzliche Lücke.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel